



Prof. Hans Geser
Online Publikationen

Universität Zürich
Soziologisches Institut



Politik und Parteien im Wandel

Am Ende der bürgerlichen Gemeinsamkeiten?

Aktuelle Entfremdungssymptome zwischen der FDP und der SVP

Hans Geser

Zürich, März 2003

Ungeachtet ihrer oft prononcierten Konflikte in der Bundes- und Kantonspolitik erscheinen FDP und SVP in ihren politischen Positionierungen nach wie vor als durchaus ähnlich, wenn man das Einstellungsprofil ihrer lokalen Anhängerschaften und Parteisektionen betrachtet.

Bibliographische Zitierung:

Geser Hans: Am Ende der bürgerlichen Gemeinsamkeiten?. Aktuelle Entfremdungssymptome zwischen der FDP und der SVP. In: Prof. Hans Geser: Online Publikationen. Zürich, 2003 http://geser.net/par/ges_03.pdf

1. Einleitung

Die politische Szene auf Bundesebene und in manchen Kantonen ist momentan geprägt durch zunehmend schrillere Zwigigkeiten zwischen der FDP und der SVP. Der Kern des Konflikts besteht in den wechselseitigen Vorhaltungen der beiden Bruderparteien, die Fortführung der traditionellen bürgerlichen Gemeinsamkeiten durch zunehmende Abdrift in unakzeptable ideologische und sachpolitische Positionen aufs Spiel zu setzen oder unmöglich zu machen. Die FDP bezichtigt ihre Konkurrentin, in rechtsextremen Populismus abzugleiten und beansprucht für sich selbst, die Fahne der Liberalität hochzuhalten. Vom entgegengesetzten Lager aus betrachtet erscheint die FDP als Partei der „Weichsinnigen“ und "Halbblinden", die mit ihren etatistischen, feministischen und internationalistischen Neigungen der Sozialdemokratie immer ähnlicher wird, während die SVP in Anspruch nimmt, treu zu konservativen und nationalen Werten zu stehen, die vor 20 Jahren noch zum Allgemeingut aller bürgerlichen Parteien gehörten.

Die Frage, ob derart eskalierende Streitigkeiten einen parallel verlaufenden Prozess ideologischer und sachpolitischer Divergenz anzeigen (bzw. von ihm verursacht werden), muss aber mit grosser Vorsicht beantwortet werden. Auf der einen Seite wird mit Recht auf die vielen offen zu Tage liegenden sachlichen Konvergenzpunkte hingewiesen, die aller rhetorischen Schaumschlägereien im konkreten Politikalltag zum Trotz immer wieder zwanglos zu geeinten Frontstellungen gegen linke Parteigruppierungen führen (Dreher/Textor 2003¹). Andererseits zeigt sich zumindest auf Bundesebene, dass die FDP bei der Parolenfassung zu Volksabstimmungen überwiegend mit der CVP einig geht und damit zu SVP und SP eine gewisse Äquidistanz aufrechterhält, die noch vor zehn Jahren kaum denkbar gewesen wäre (Longchamp 2003²).

Viele dieser Auseinandersetzungen wirken als künstliche Aufgeregtheiten, die sich überwiegend Selbstlauf rhetorischer Zuspitzung und medienwirksamer Dramatisierung verdanken: so dass relativ geringe Meinungsverschiedenheiten zu unüberbrückbaren Gegensätzen hochstilisiert werden. Aus der Parteiensoziologie ist hinlänglich bekannt, dass heftigster Streit *auch*, ja *gerade* zwischen Parteien mit sehr ähnlichen ideologischen Profilen aufbrechen kann: weil diese viel intensiver als ideologisch entgegengesetzte Gruppierungen im dieselben Wähler- und Anhängergruppen konkurrieren (und sich deshalb viel direkteren Schaden zufügen können). Und schliesslich muss immer damit gerechnet werden, dass solche Divergenzen überwiegend oder ausschliesslich im Interaktionsfeld zwischen den Führungsspitzen (bzw. aktiven Eliten) der Parteien entstehen, während die Anhängerbasen relativ unberührt davon bleiben und ihre Standpunkte evtl. viel weniger gar nicht (oder gar in entgegengesetzte Richtung) verändern.

Zur Klärung der Sachlage erscheint es besonders dringend, die Konvergenzen und Divergenzen innerhalb der aktiven Parteianhängerschaften unter die Lupe zu nehmen: weil diese Aktivisten einerseits dank der demokratischen Binnenorganisation aller Parteien längerfristig in der Lage sein dürften, ihre Positionen über Delegiertenversammlungen und andere Kanäle innerhalb der Gesamtpartei zum Tragen zu bringen, und weil sie andererseits das Rekrutierungsfeld für zukünftige parteiinterne Amtsinhaber und politische Mandatsträger bilden. Da sie aber im Gegensatz zu den Führungseliten über keine öffentlichkeitswirksamen Medien-

¹ Dreher, Michael E. / Textor, Andreas, Wahlkampf oder sachpolitische Differenzen? Positionen der Parteien bei Volksabstimmungen.

² Longchamp Claude, Sachpolitische Information zu Wahlkampfzeiten (Neue Zürcher Zeitung, 20. 2. 2003, Nr. 42, S. 15).

plattformen verfügen, bleibt ihr Meinungsbild oft unterbelichtet, wenn es nicht mittels umfangreicher sozialwissenschaftlicher Untersuchungen gelingt, sie empirisch zu erfassen.

In diesem Zusammenhang erweisen sich die beiden gesamtschweizerischen Lokalparteiensurveys von Bedeutung, die 1989 und 2002 in praktisch identischer Form stattgefunden haben, und an denen sich jeweils mehrere hundert Vorsteher kommunaler FDP und SVP-Parteien mitbeteiligt haben.

Zu beiden Zeitpunkten wurden die Präsidentinnen und Präsidenten aller (ca. 5000) kommunalen Parteisektionen in einem schriftlichen Fragebogen gebeten

- 1) ihre Ortspartei, Kantonspartei und Bundespartei auf einer Links-Rechtsskala (zwischen 1 und 10) zu rangieren,
- 2) über die mehrheitliche Meinung ihrer aktiven Anhängerschaften zu verschiedenen politischen Sachfragen Auskunft zu geben.

So wird es möglich, auf die Frage nach dem innerhalb der vergangenen dreizehn Jahre stattgefundenen Positionswandel der Anhängerschaften eine objektive, nicht von dramatisierender Rhetorik oder gar paranoiden Wahrnehmungsverzerrungen beeinflusste Antwort zu geben: d. h. eine Antwort, die in der Innenansicht gut informierter Parteimitglieder begründet ist, und nicht in der gängigen Aussenansicht, die allzu sehr parteitaktischen Einflüssen unterliegt.

2. Empirische Ergebnisse

Vergleicht man die durchschnittlichen parteiinternen Selbstrangierungen der beiden Zeitpunkte, so wird deutlich, dass innerhalb der SVP tatsächlich eine Rechtsverschiebung stattgefunden hat, während die FDP eine gegenläufige Verschiebung zur politischen Mitte hin vollzog. Weitaus am deutlichsten lässt sich diese wechselseitige Distanzierung wie erwartet bei den Bundesparteien konstatieren, wo 1989 die FDP noch rechts von der SVP gestanden hat, während heute eindeutig das Umgekehrte gilt (Tab. 1).

Tabelle 1: Links-Rechts-Einstufungen der FDP und SVP Parteien auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene 1989 und 2002.*

Parteiebene:	1989			2002			D02-D89 Zuwachs an Distanz
	FDP	SVP	D89	FDP	SVP	D02	
Bundespartei	7.51	7.21	-.30	6.80	7.92	+1.12	+1.42
Kantonalparteien	7.18	7.30	-.12	6.82	7.47	+59	+71
Gemeindeparteien	6.89	7.00	+11	6.76	7.13	+37	+26

* Durchschnittliche Einstufung durch den Sektionspräsidenten auf einer Skala von 1 (extrem links) bis 10 (extrem rechts).

Nur rund halb so gross sind die Veränderungen durchschnittlich auf der kantonalen Ebene - als Folge der allseits bekannten Tatsache, dass die in ihren regionalen Traditionen stark verwurzelten Kantonsparteien teilweise sehr unterschiedliche, mit der Bundespolitik kaum im Zusammenhang stehende Entwicklungen vollzogen haben. Am geringsten waren in beiden Parteien die Lokalsektionen von diesem Wandel erfasst: ein deutlicher Hinweis darauf, dass selbst Parteien, die an der Spitze einen dynamischen Kurswechsel betreiben, in der Regel in

einer stabilen Mitgliederbasis verankert sind, die sich nur langsam und kontinuierlich, (z. B. aufgrund intergenerationell-demographischer Prozesse) wandelt.

Interessant ist allerdings die Beobachtung, dass die FDP Schweiz jetzt ungefähr dieselbe (relativ "linke") Position besetzt, die ihre Gemeindeparteien bereits 1989 eingenommen haben: als ob es der kommunalen Parteebene in dieser Zeit gelungen wäre, in einem "bottom-up"-Prozess die Gesamtpartei auf ihre Linie zu bringen und eine homogenisierte Partei zu erzeugen, in denen sich die drei Organisationsebenen kaum mehr voneinander unterscheiden. Diametral entgegengesetzt ist die SVP heute vertikal stärker differenziert als vor dreizehn Jahren, weil die prononcierte Rechtswendung ihrer Bundespartei von der kommunalen Basis (die schon immer etwas weiter zur Mitte hin gestanden hat) nur in schwachem Umfang nachvollzogen wurde. Möglicherweise werden auch in der SVP zukünftig demokratische „bottom-up“-Prozesse stattfinden, in deren Verlauf die sich momentan etwas zu autonom gebärdende Führung wieder auf gemässigtere Positionen zurückgebunden wird.

Eine getrennte Analyse verschiedener Gemeindegrössenklassen zeigt, dass die ideologische Distanzierung der beiden Parteien eine sehr generelle Erscheinung darstellt, die sich ländlichen ebenso wie städtischen Kontexten vollzog. Allerdings haben die bedeutsamsten Änderungen erwartungsgemäss in den Städten stattgefunden, von denen ja erwartet werden muss, dass sie gegenüber Veränderungen auf Kantons- und Bundesebene besonders empfänglich sind (Tab. 2).

Tabelle 2: Links-Rechts-Einstufungen der FDP und SVP-Lokalsektionen 1989 und 2002: nach Gemeindegrösse.*

Einwohnerzahl:	1989			2002			D02-D89
	FDP	SVP	D89	FDP	SVP	D02	
bis 500	6.36	6.92	+.44	6.48	7.04	+.56	+ .12
501-2000	6.75	6.90	+.15	6.67	7.15	+.48	+ .33
2001-5000	7.08	7.04	-.04	6.84	7.17	+.33	+ .29
5001-10000	6.94	6.91	-.03	6.86	7.26	+.40	+ .37
über 10000	7.15	7.24	+.09	6.90	7.38	+.48	+ .39
Insgesamt	6.88	6.99	+.11	6.77	7.19	+.43	+ .32

* Durchschnittliche Einstufung durch den Sektionspräsidenten auf einer Skala von 1 (extrem links) bis 10 (extrem rechts).

Ein interkantonaler Vergleich muss sich leider auf die relativ wenigen Kantone beschränken, in denen die SVP bereits 1989 mit einer relativ umfangreichen Zahl von Ortssektionen gegenwärtig war. Auch hier zeigt sich, dass die ideologische Polarisierung zwischen FDP und SVP ein generelles Phänomen darstellt, das zwar in Basel-Land und in Zürich besonders dramatische Ausmasse angenommen hat, im Prinzip aber (ausser Bern) auch alle Regionen betraf. Überraschend ist der Befund, dass diese wachsende Divergenz nur in Basel-Land, Schaffhausen, Aargau und Thurgau vorrangig auf die Rechtsbewegung der SVP zurückzuführen ist, überall sonst eher auf "Liberalisierungstrends" innerhalb der FDP (Tab. 3). Dies gilt in besonderem Masse für Bern und Waadt, wo die SVP - gegenläufig zum gesamtschweizerischen Trend - heute etwas weniger stark rechts als vor dreizehn Jahren steht.

Tabelle 3: Links-Rechts-Einstufungen der FDP und SVP-Kantonalparteien 1989 und 2002*:

Kanton:	1989			2002			D02-D89 Zuwachs an Polarisierung
	FDP	SVP	D89	FDP	SVP	D02	
Zürich	7.97	7.84	-.13	7.12	8.31	+1.19	+1.32
Bern	7.44	7.21	-.23	6.94	6.84	-.10	-.13
Basel-Land	7.00	6.00	-1.00	6.87	8.29	+1.42	+2.42
Schaffhausen	7.13	6.78	-.35	7.22	7.63	+0.41	+0.76
Graubünden	7.91	6.50	-1.41	6.73	6.86	+0.13	+1.54
Aargau	7.60	7.43	-.17	7.56	7.76	+0.20	+0.37
Thurgau	7.28	7.09	-.19	7.00	7.17	+0.17	+0.36
Waadt	7.29	6.43	-.86	6.62	6.17	-.45	-.41
Total	7.63	7.39	-.34	6.81	7.52	+0.71	+1.05

* Durchschnittliche Einstufung durch den Sektionspräsidenten auf einer Skala von 1 (extrem links) bis 10 (extrem rechts).

Mit der Einstufung auf der Links-rechts-Skala wird eine äusserst weitgehende Zusammenfassung aller parteipolitischen Meinungsartikulationen und Aktivitäten auf eine einzige ordinale Zahl vollzogen - ohne dass daraus hervorgeht, welchen sachpolitischen Positionen dabei welches Gewicht eingeräumt wird - ja an welche konkreten Entscheidungsthemen man bei einer derartigen Rangierung überhaupt denkt.

Noch schwieriger zu interpretieren sind Skaleneinstufungen, die zu verschiedenen Zeitpunkten durch unterschiedliche Informanten vorgenommen werden. Wie kann man wissen, dass verschiedene Befragte unter "links" und "rechts" dasselbe verstehen, und dass die politische Semantik der beiden Pole über den Untersuchungszeitraum hinweg relativ konstant geblieben sind, obwohl man weiss, wie sehr sie sich seit ihrer Initiierung (zur Zeit der Französischen Revolution) und im Zuge ihrer interkulturellen Diffusion verändert hat. So ist es unverzichtbar, auch die sachpolitischen Positionen der Lokalsektionen einem diachronen Vergleich zu unterziehen und dabei zu fragen, inwiefern der abstrakten Verschiebung ideologischer Skalenpositionen eine analoge Meinungsverschiebung zu verschiedenen (ideologisch präformierten) Sachthemen und politischen Entscheidungsfragen entspricht.

Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, wäre die Annahme weit verfehlt, die beiden Parteien würden heute in allen politischen Sachbereichen generell linkere oder rechttere Ansichten vertreten. Während der Kampf gegen staatliche Reglementierungen beide Parteilager nach wie vor eint, haben anderswo entgegen der Divergenzen auf Skalenebene auch mannigfache sachpolitische Annäherungen stattgefunden: vor allem in der Steuer- und Wirtschaftspolitik, wo die SVP erst seit kurzer Zeit relativ geschlossen hinter Positionen steht, die die FDP bereits 1989 relativ kompromisslos vertrat. So haben ökonomische Rezession und wachsende Arbeitslosigkeit wohl dazu beigetragen, dass hinsichtlich der Förderung des Schweizerischen Finanzplatzes wie auch des kommunalen Wirtschaftswachstums (wieder) starke Einigkeit besteht. (Logischerweise sind Postulate des Ortsbild- und Landschaftsschutzes dementsprechend etwas in den Hintergrund gerückt). Ebenfalls angenähert haben sich die beiden Par-

teien in ihrer Ablehnung von Mieterschutzanliegen, wo umgekehrt die FDP ihre Bruderpartei rechts überholte.

Tabelle 4: Durchschnittliche Einstellung der lokalen FDP- und SVP-Sektionen zu allgemeinen politischen Themen: 1989 und 2002*

	1989		D89	2002		D02	D02-D89
	FDP	SVP		FDP	SVP		
Weniger staatliche Reglementierung	86	85	-01	85	85	0	-1
Geringere Steuerbelastung	79	54	-25	86	86	0	-25
Förderung des Finanzplatzes Schweiz	74	50	-24	89	80	-09	-15
Förderung des lokalen Wachstums	73	47	-26	94	86	-08	-18
Mehr Mieterschutz	-09	-26	-15	-40	-36	+4	-19
Schutz des Orts- und Landschaftsbildes	28	27	-01	-03	-14	-09	+08
Mehr tun für Flüchtlinge und Asylanten	-44	-59	+15	-73	-92	-19	+34
Mehr Unterstützung für Soziales	-02	-23	-21	-36	-62	-26	+05
Mehr Unterstützung für Kulturelles	21	-08	-29	-02	-38	-36	+07
Ausstieg aus der Kernenergie	-52	-55	-03	-49	-60	-11	+08
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer	-16	-19	-03	-24	-12	-12	+09
Verkehrsberuhigungsmassnahmen	33	22	-11	18	-16	-34	+23
Förderung des öffentlichen Verkehrs	64	60	-04	49	26	-23	+19
Gleichstellung von Mann und Frau	66	53	-13	70	39	-31	+18
(N =)	(633)	(277)		(535)	(358)		

* Arithmetische Mittelwerte der Selbsteinstufung der Partei durch ihren Präsidenten (Zustimmung=+100; geteilte Meinungen =0; Ablehnung=-100)

In zahlreichen anderen Bereichen haben sich stattdessen relativ geringfügige Annäherungen vollzogen: so bei der Asyl- Sozial- und Kulturpolitik, wo beide Parteien - die SVP aber etwas ausgeprägter - heute konservativere Positionen als 1989 vertreten, sowie in der Kernenergiefrage, wo sich die Quote befürwortender Sektionen leicht gegenläufig entwickelt hat. Stärkere Divergenzen finden sich demgegenüber bei Anliegen der geschlechtlichen Gleichstellung, der Verkehrsberuhigung und des öffentlichen Verkehrs, denen die SVP-Sektionen heute erheblich distanzierter als die Ortsparteien der FDP gegenüberstehen.

Aus genau entgegengesetzten Gründen hat sich zu Arbeitnehmeranliegen eine gewisse Kluft gebildet, indem sich die ablehnende Haltung in der SVP etwas zurückgebildet hat.

3. Schlussfolgerungen

Ungeachtet ihrer oft prononcierten Konflikte in der Bundes- und Kantonspolitik erscheinen FDP und SVP in ihren politischen Positionierungen nach wie vor als durchaus ähnlich, wenn man das Einstellungsprofil ihrer lokalen Anhängerschaften und Parteisektionen betrachtet. Dieser Widerspruch mag daraus entstehen, dass auf Bundesebene oft Entscheidungsfragen

aus mit ausserpolitischen Implikationen (UNO-Beitritt, Asylpolitik u.a.) sowie moralisch-wertorientierte Themen (Fristenlösung, Solidaritätsstiftung u.a.) anstehen, zu denen sich die SVP sehr ausgeprägte abweichende Meinungen hat, während im lokalen Raum der „Courant normal“ konventioneller Interessen- und Verteilungsfragen (z. B. in der Steuer-, Finanz, Sozial- und Umweltpolitik) vorherrscht, wo altbewährte bürgerliche Gemeinsamkeiten zum Tragen kommen.

Die Zukunft wird zeigen, ob auch die lokale Ebene zunehmend durch bundespolitische Polarisierungen durchdrungen wird, (was z. B. im Asylbereich sehr leicht geschehen kann), oder ob umgekehrt in der nationalen Politik wieder jene Themen traditioneller Interessenpolitik Vorrang erhalten, die einer Vereinigung bürgerlicher Kräfte gegen die „Linke“ immer so förderlich waren.

Schliesslich muss aber auch eingestanden werden, dass sachpolitische Meinungsdivergenzen nur beschränkt geeignet sind, um das komplizierte Konfliktverhältnis zwischen der SVP und der FDP (bzw. auch allen übrigen Parteien) zu verstehen. Vieles erklärt sich auch dadurch, dass die SVP etablierte Kreise der „class politique“ attackiert, durch „politisch inkorrekte“ Äusserungen oder Stilformen Ärgernis erregt und in sehr genereller Weise den Vorwurf auf sich zieht, eine „unmoralische“ Gesinnung und Weltanschauung zu vertreten oder gegen Basisnormen der politischen Konkordanzkultur zu verstossen.